KOMPAKT

Nachrichten, Glosse, Leserecho

Stichwahl: 130 Kommunen müssen in die Verlängerung

Düsseldorf. Nach der NRW-Kommunalwahl vom 13. September steht in 130 Kreisen, Städten und Gemeinden am 27. September eine Stichwahl an. Es geht um die Chefposten in fast 120 Rathäusern und bei elf Kreisverwaltungen. Dies zeigt eine Zusammenstellung aus Daten des Landesamts für Statistik, IT NRW. In insgesamt 15 Großstädten, elf Landkreisen und 105 kreisangehörigen Städten in NRW sind die Wählerinnen und Wähler aufgerufen.

Gemessen an der Zahl der örtlichen Kandidatinnen und Kandidaten in der Stichwahl, hat die CDU landesweit die Nase vorn: Mehr als 100 kommen aus ihren Reihen oder werden von der örtlichen Partei unterstützt. Mehr als 80-mal hat die SPD noch ihre Karten im Spiel um Bürgermeister oder Landrat. In 16 Kommunen sind die Grünen im Rennen. Landesweit fast 40-mal stehen örtliche Einzelbewerber in der Stichwahl, lokale Parteien sind siebenmal vertreten, die FDP fünfmal. *de*

Kommunen drehen an der Steuerschraube

Düsseldorf. Viele Städte und Gemeinden in NRW haben auch im Vorjahr an der Steuerschraube gedreht. Jede vierte Kommune erhöhte 2019 den Hebesatz der Grundsteuer B. Bundesweit haben das nur neun Prozent aller Kommunen getan, wie aus einer am Donnerstag veröffentlichten Analyse der Beratungsgesellschaft EY hervorgeht. Mit Aufschlägen bei der Gewerbesteuer waren die NRW-Kommunen zurückhaltender – nur jede sechste erhöhte den Hebesatz.*dpa*

ZITAT DES TAGES

„Demokratie, wo sie gelebt wird, ist süß."

Landtagspräsident André Kuper anlässlich der 100. Plenarsitzung, zu der die Parlamentarier gestern mit Konfekt überrascht wurden. „Süß im Vergleich zu jeder anderen Form staatlicher Herrschaft", so Kuper weiter.

GLOSSE

Was wird aus Stuffz und Spieß?

Nun hat auch die Bundeswehr eine Genderdebatte, denn das Verteidigungsministerium will diskriminierungsfreie Dienstgrade einführen. In Zeiten der Geschlechtergerechtigkeit erscheint die Initiative der Verteidigungsministerin längst überfällig. Doch der Teufel steckt im Detail. Gut, aus dem Gefreiten wird sprachlich leicht eine Gefreitin. Aus dem Unteroffizier eine Unteroffizierin. Aber bei höheren Dienstgraden wird es heikel. Wird aus dem Oberfeldwebel eine Oberfeldwebelin? Aus dem Hauptmann eine Hauptfrau? Ganz oben angekommen, auf der Generalsebene, geht es dann wieder. Eine Generalin ist denkbar, obwohl die Bundeswehr nur eine hat: Generalstabsarzt (!) Gesine Krüger – künftig dann Generalstabsärztin. Was aber machen wir mit dem Oberst? Wird daraus Oberstin? Oder Frau Oberst? Das wäre halbherzig. Kompliziert wird es vor allem bei den in der Bundeswehr so beliebten Abkürzungen. Stuffz steht für Stabsunteroffizier. Ruft man bald Stuffzin? Oder gar Stuffzi? Und der Hauptfeldwebel wird von der Truppe gern Spieß genannt…

Man sieht, wie reformbedürftig die Bundeswehr ist. *CHO*

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Konfrontiert

„Eine Schande für die Polizei"/ Rechtes Netzwerk. Kein Versuch der Entschuldigung, der Rechtfertigung. Jedoch kennen Sie einen Beruf, bei dem Sie tagtäglich mit Situationen konfrontiert werden, bei denen Sie „Zweifel an dieser Gesellschaft" haben!? Gerne würde ich erzählen dürfen. Wenn der Polizeibeamte auf der Straße nach „Schmerzensgeld" bezahlt werden müsste, läge die Alimentierung weit über der Bezahlung von überbewerteten Bundestagsabgeordneten. **Herbert Nagel,** Hauptkommissar a.D., Bochum

Kleine Spitze

Das ist nur eine kleine Spitze des Rieseneisbergs! Diese Seite der Medaille findet sich in allen Gesellschaftsschichten! Traurig aber wahr! Die Frage aber sei erlaubt: „Warum gab es solche Untersuchungen nicht schon unter der vorherigen Landesregierung? **Norbert Furmanek,** Herne

@ Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an: **meinungsforum@waz.de** *(Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendung zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.)*

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE 4

Gründungsherausgeber: Erich Brost und Jakob Funke
Chefredakteur: Andreas Tyrock. **Stellvertreter:** Dr. Anne Krum, Dr. Alexander Marinos.
Desk/Politik: Lutz Heuken (Leitender Redakteur), Torsten Droop (Stellv. Desk). **Chef vom Dienst Lokales:** Heinz-Dieter Schäfer. **Wirtschaft:** Stefan Schulte. **Rhein-Ruhr:** Frank Preuß. **Sport:** Peter Müller. **Kultur:** Jens Dirksen. **Wochenende:** Marc Oliver Hänig. **Düsseldorf:** Dr. Tobias Blasius, Matthias Korfmann. **Redaktion/Reporter:** Andreas Böhme, Annika Fischer, Thomas Mader, Ute Schwarzwald, Hubert Wolf (Rhein-Ruhr), Michael Kohlstadt, Stephanie Weltmann (Politik), Christopher Onkelbach (Politik/Wissenschaft), Frank Meßing, Ulf Meinke (Wirtschaft), Lars Ludwig von der Gönna, Britta Heidemann (Kultur), Georg Howahl, Marc Podgornik, Maren Schürmann (Wochenende). **Produktion:** FUNKE Redaktions Services; Oliver Multhaup (Ltg.), Carsten Oberste-Kleinbeck (Chef vom Dienst). **Technik:** Andreas Mangen.
Mediacampus WAZ: Raufeld Medien, Dr. Sabine Schouten, Paul-Lincke-Ufer 42/43, 10999 Berlin.
Überregionale Inhalte sowie Märkte- und Serviceseiten entstehen in Zusammenarbeit mit der **FUNKE Zentralredaktion Berlin:** Jörg Quoos (Chefredakteur), Jochen Gaugele (Stellv.). Online: Carsten Erdmann (Chefredakteur), Laura Himmelreich (Stellv.).
Anschrift der Redaktion: Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen; Internet: waz.de;
E-Mail: zentralredaktion@waz.de.
Verantwortlich für Anzeigen und Verlagsbeilagen: Dennis Prien, Anschrift wie Anzeigen. Anzeigenpreisliste Nr. 45, FUNKE MEDIENGRUPPE (WAZ + NRZ + WR + WP). Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Aussageinhaltes stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.
Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Tageszeitung.
Anzeigen: FUNKE Media Sales NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen;
E-Mail: vermarktung@funkemedien.de.
Vertrieb: FUNKE Medien NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen.
Vertrieb/Leserservice: Tel. 0800 6060710*, Fax 0800 6060750* (*kostenlose Servicenummer).
E-Mail: leserservice@waz.de.
Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE
Verlag: ZEITUNGSVERLAG NIEDERRHEIN GmbH & Co. Essen, Kommanditgesellschaft, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen, Telefon 0201 8040, Fax 0201 804-2841. Briefanschrift: 45123 Essen.
Geschäftsführer: Ove Saffe, Andreas Schoo, Michael Wüller
Druck: Druckzentrum Hagen GmbH, Hohensyburgstr.67, 58099 Hagen
Für die Herstellung der WAZ wird Recycling-Papier verwendet

Wer kontrolliert die Polizei?

Im Skandal um rechtsextreme Polizisten wird der Ruf nach neutraler Beobachtung lauter. NRW-Innenminister Reul lehnt Extremismus-Studie aber weiterhin ab

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf. Nach Bekanntwerden des Polizeiskandals um rechtsextreme Beamte in NRW stellen Experten jetzt die Frage, wer eigentlich die Polizei und die extremistischen Einstellungen mancher Polizisten kontrolliert.

Was ist das Problem?

„Wir müssen weg vom Zustand der polizeilichen Selbstkontrolle. Polizisten brauchen unabhängige Stellen, an die sie sich vertrauensvoll wenden können. Unabhängige Polizeibeauftragte können dies leisten", sagte die Bundestagsabgeordnete und Ex-Polizistin Irene Mihalic (Grüne) dieser Redaktion.

Der renommierte Kriminologe Prof. Tobias Singelnstein von der Ruhr-Uni Bochum forderte am Donnerstag etwas Ähnliches: anonyme Meldeverfahren für interne Missstände. „Man kann sich ja nicht vorstellen, dass so ein Netzwerk innerhalb der Polizei niemandem aufgefallen ist", sagte er. „Aber wenn einer etwas bemerkt, gilt bisher in der Regel der offizielle Dienstweg. Zugleich wird das ‚Anschwärzen' von Kollegen in der Polizei nach wie vor nicht goutiert." Anonyme Whistleblower-Kommunikationsangebote gebe es bei der Polizei nur in zarten Anfängen, sagte Singelnstein.

Reichen die neuen Extremismusbeauftragten nicht?

Der Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Sebastian Fiedler, begrüßte zwar die Berufung des Verfassungsschützers Uwe Reichel-Offermann zum „Sonderbeauftragten für rechtsextremistische Tendenzen in der NRW-Polizei" durch NRW-Innenminister Herbert Reul. Er sagte aber dieser Redaktion: „Es wäre noch besser gewesen, einen Beauftragten von außen ins Innenministerium zu holen, zum Beispiel einen früheren Richter oder Staatsanwalt."

Reul hat den Verfassungsschützer Uwe Reichel-Offermann zum „Sonderbeauftragten für rechtsextremistische Tendenzen in der NRW-Polizei" gemacht. Der Verfassungsschutz gehört aber, wie die Polizei, zum Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums. Nach diversen Fällen von Rechtsextremismus bei der Polizei Hamm hatte der Innenminister zudem alle 50 Polizeibehörden in NRW dazu verpflichtet, Extremismusbeauftragte zu benennen. Diese Ansprechpartner für Polizisten, die Verdächtiges melden wollen, kommen allerdings nicht „von außen", sondern aus den Behörden selbst. Und wenn ein Polizist zum Beispiel in Verdacht gerät, aus rassistischen Motiven Menschen diskriminiert zu haben, übernehmen Beamte einer anderen Polizeibehörde die Aufklärung der Vorwürfe, nicht aber eine neutrale Stelle.

Polizisten erleben oft Gewalt – und setzen oft selbst Gewalt ein. Nach Ansicht von Experten prägt dieser Alltag häufig die Gesinnung FOTO: DPA

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) verspricht Aufklärung. FOTO:DPA

Welche Aufgaben hat der Sonderbeauftragte?

„Er hat alle Kompetenzen und die volle Rückendeckung", sagte Reul über Uwe Reichel-Offermann. Er solle als Sonderbeauftragter ein Lagebild zu Rechtsextremismus in der Polizei erstellen und dann „den Blick nach vorne richten", also herausarbeiten, was sich bei der NRW-Polizei ändern müsse. Dabei könne er auch, wenn nötig, Wissenschaftler zurate ziehen.

Warum hat die Polizei ein Rechtsextremismus-Problem?

Professor Tobias Singelnstein nennt zwei Thesen zur Entstehung rechter Strukturen in der Polizei, die aus seiner Sicht begründet sind. „Erstens: Die Polizei ist kein Spiegelbild der Gesellschaft, sondern zieht in besonderem Maß Menschen an, die eher konservativ und ordnungsliebend sind, teilweise dann auch mit einer Offenheit nach rechts außen. Zweitens: Es gibt im Polizeidienst bei manchen Beamten eine negative Sozialisation. Das heißt, sie entwickeln im Laufe der Jahre rechte Einstellungen." Hier seien Vorgesetzte gefragt, die nicht weghörten, sondern für eine demokratische Kultur sorgten. Die klarstellen, dass Wörter wie „Kanake" oder ein rassistischer Witz nicht toleriert würden.

Die Bundestagsabgeordnete Irene Mihalic sagte dazu, es gebe Hinweise aus schon älteren Studien darauf, dass nicht die Einsteiger in den Polizeiberuf das Problem seien, sondern eher Beamte, die sich im Laufe ihres Dienstes radikalisierten.

Akzeptiert die NRW-Regierung jetzt doch eine Studie zu Extremismus in der Polizei?

Nein, Innenminister Reul erteilte dem erneut eine harte Absage: „Ich glaube nicht, dass eine Studie, am besten noch von einem Professor, der vorher schon weiß, was nachher rauskommt, wo es wahrscheinlich nur darum geht, so ein Ding zu finanzieren, etwas bringt." Es existiere schon wissenschaftliches Material zu solchen Fragen. Eventuelle Informationslücken könne der neue Sonderbeauftragte schließen.

Was sagt Reul über die Beschuldigten?

Es gebe in Teilen der NRW-Polizei ein „Haltungsproblem" und in anderen Teilen ein „Problem des Schweigens", so der Innenminister. Geschwiegen werde, weil Polizisten die Freundschaft der Kollegen nicht verlieren möchten. Seit dem Bekanntwerden der Fälle in Essen und Mülheim sei aber die Botschaft: „Wer schweigt, macht sich mitschuldig." (mit dpa)

Profi: Da staut sich was auf bei den Polizisten

Ex-Kommissar aus Mülheim fordert mehr psychologische Betreuung und bessere Ausbildung

Von Frank Preuß

Mülheim. Walter Szwedziak kennt das Innenleben bei der Polizei, er kennt die Straße. Kriminalhauptkommissar,15 Jahre Einsatzleiter in Mülheim, pensioniert und seit Jahren an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung in Köln im Einsatz. „Ich verurteile das, was in Mülheim geschehen ist", sagt der 72-Jährige mit Blick auf die rechtsextremen Chatgruppen. „Aber das kann passieren, wenn Dinge sich aufstauen und keine psychologische Betreuung da ist." Es sei ein hilfloser Versuch, mit Problemen fertigzuwerden, glaubt er. „Und wenn ein Problem nicht gelöst wird, sucht es sich selbst eine Lösung."

Szwedziak zitiert eine Hamburger Studie: „Die Menschen, die zu uns kommen, werden durch das Erlebte sozialisiert." Polizisten würden beschimpft, beleidigt, bespuckt, sagt er. „Da sammelt sich was, zumal sie ja wissen, dass sie immer rechtsstaatlich reagieren müssen." Wenn man jahrelang Einsätze in problematischen Stadtteilen habe, „da passiert was mit den jungen Menschen, vor allem wenn sie spüren, dass ihnen niemand hilft. Und wenn Sie nach der Vergewaltigung eines 13-jährigen Mädchens rausfahren und das Leid der Familie erleben, bleibt was zurück."

Ein Lösungsvorschlag: „In jeder Polizeibehörde muss ein Psychologe bereitstehen, damit Hilfe da ist. Da ist niemand", kritisiert Szwedziak. Im Studium gebe es Ansprechpartner, dabei sei der Stress in der Praxis viel größer, „wenn man allein auf das Gewaltpotenzial blickt". Auf Polizisten prassele viel ein, auf das sie nicht vorbereitet seien. Szwedziak: „Man kann nicht alles üben."

Walter Szwedziak

Studenten sollten nach der Theorie behutsam an die Praxis herangeführt werden. „Aber bei der Menge an Arbeit funktioniert das ja nicht", weiß der Profi. „Man müsste die Ausbildung für den praktischen Teil um ein Jahr verlängern."

Dem Gesetzgeber rät Szwedziak zu härteren Strafen: „Für Leute, die Polizisten, Feuerwehrleute oder Notärzte angreifen, brauchen wir eine Mindeststrafe von sechs Monaten." So etwas habe auch eine Signalwirkung auf Polizisten, die sich nicht ausreichend geschützt fühlten. Polizei-Untersuchungen von außen gibt er wenig Erfolgschancen: „Das sind geschlossene Gruppen, da redet keiner. Man kann jetzt die Keule rausholen, aber man muss viel mehr im Vorfeld tun."

Wie nah man an die Grenzüberschreitung kommt, hat Szwedziak erlebt. „Wir hatten einen Mann, der seine Enkelin vergewaltigt hatte. Auf der Wache waren viele Familienväter, die haben gekocht vor Wut und mich als Chef gefragt, ob ich nicht mal kurz auf Streife gehen will. Ich hab' gesagt, ich verstehe euren Stress. Aber wir dürfen den nicht anpacken, sonst verlieren wir unseren Job. Eventuell wäre da eine Grenzüberschreitung passiert. So wie jetzt bei den Polizisten, und die werden ihren Job verlieren."